

Protokoll 101. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. Mai 2016, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Guido Hüni (GLP), Christian Huser (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2016/135](#) *
E Postulat von Pascal Lamprecht (SP), Markus Baumann (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 20.04.2016:
Gestaltung des Perimeters Albisriederstrasse unter Berücksichtigung der Verkehrsmassnahmen im Zentrum Albisrieden VTE
3. [2016/137](#) *
E Postulat von Marcel Tobler (SP), Markus Hungerbühler (CVP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 20.04.2016:
Bahnhof Wiedikon, Realisierung von Abgängen von der Überführung Zweierstrasse auf die Perrons VTE
4. [2016/138](#) *
E Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) vom 20.04.2016:
Quartierverträgliche und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal VS
5. [2016/139](#) *
E Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Muammer Kurtulmus (Grüne) vom 20.04.2016:
Menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal VS
6. [2016/140](#) *
E Postulat von Sven Sobernheim (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 20.04.2016:
Massnahmen zur Förderung öffentlich nutzbarer Ladestationen für Elektroautos in der Stadt VTE
- 6a. [2016/136](#) E Postulat von Jonas Steiner (SP) und Shaibal Roy (GLP) vom 20.04.2016:
Sportanlage Hardhof, Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten in den Abendstunden durch den Ausbau der Beleuchtungsanlage VSS

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|------------|
| 7. | 2016/130 | Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR)
AS 171.100, Ergänzung | |
| 8. | 2016/39 | Weisung vom 03.02.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Alterszentrum Wolfswinkel, Quartier
Affoltern, Umbauten, Objektkredit | VHB
VGU |
| 9. | 2016/17 | Weisung vom 13.01.2016:
Hochbaudepartement, Erlass eines Reglements über die An-
laufstelle in Bausachen (Helpline), Ausgabenbeschluss, Zusatz-
kredit | VHB |
| 10. | 2016/35 | Weisung vom 27.01.2016:
Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Zonen-
planänderung Leimbach-/Soodstrasse, Reduktion Wohnanteil
von 90 Prozent auf 50 Prozent, Zürich-Leimach, Kreis 2 | VHB |
| 11. | 2015/341 | Weisung vom 28.10.2015:
Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für
das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die
Periode 2011–2014 | VIB |
| 12. | 2016/60 | A/P Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 02.03.2016:
Vorbereitung des Energieverbunds Altstetten, Aufstockung des
Objektkredits | VIB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

- 1889. 2016/135**
Postulat von Pascal Lamprecht (SP), Markus Baumann (GLP) und 1 Mitunterzeich-
nenden vom 20.04.2016:
Gestaltung des Perimeters Albisriederstrasse unter Berücksichtigung der Ver-
kehrsmassnahmen im Zentrum Albisrieden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1890. 2016/137

Postulat von Marcel Tobler (SP), Markus Hungerbühler (CVP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 20.04.2016:

Bahnhof Wiedikon, Realisierung von Abgängen von der Überführung Zweierstrasse auf die Perrons

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Guido Trevisan (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1891. 2016/138

Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) vom 20.04.2016:

Quartierverträgliche und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1892. 2016/139

Postulat von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Muammer Kurtulmus (Grüne) vom 20.04.2016:

Menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden im Bundeszentrum für Asylsuchende auf dem Duttweiler-Areal

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1893. 2016/140

Postulat von Sven Sobernheim (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 20.04.2016:

Massnahmen zur Förderung öffentlich nutzbarer Ladestationen für Elektroautos in der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1894. 2016/136

Postulat von Jonas Steiner (SP) und Shaibal Roy (GLP) vom 20.04.2016:

Sportanlage Hardhof, Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten in den Abendstunden durch den Ausbau der Beleuchtungsanlage

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1895. 2016/130

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) AS 171.100, Ergänzung

Referent zur Vorstellung der Anträge: Matthias Wiesmann (GLP)

Änderungsanträge des Büros

Änderungsantrag, neuer Art. 36^{bis}

Die Mehrheit des Büros beantragt folgenden neuen Art. 36^{bis}:

Art. 36^{bis} Beschlüsse mit qualifiziertem Mehr

1Unterliegt ein Beschluss über einen durch gutgeheissenen Änderungsantrag bereinigten Antrag des Stadtrats einem qualifizierten Mehr und wird dieses nicht erreicht, wird über diesen Beschluss noch einmal einzeln abgestimmt. Wird in dieser Abstimmung das qualifizierte Mehr nicht erreicht, gilt der Antrag als abgelehnt und es werden alle verbliebenen Anträge noch einmal gemäss Art. 35 und Art. 36 nebeneinander zur Abstimmung gebracht, bis ein Antrag das erforderliche Mehr erreicht.

2Unterliegen alle gleichgeordneten Anträge einem qualifizierten Mehr und wird dieses bei keinem der Anträge erreicht, wird über den Antrag, der das absolute Mehr erreicht hat, noch einmal einzeln abgestimmt. Wird in dieser Abstimmung das qualifizierte Mehr nicht erreicht, gilt keiner der Anträge als angenommen.

Die Minderheit des Büros beantragt folgenden neuen Art. 36^{bis}:

Art. 36^{bis} Beschlüsse mit qualifiziertem Mehr

Wird über mehrere gleichgeordnete Anträge oder über einen durch Änderungsantrag bereinigten Antrag des Stadtrats abgestimmt und unterliegt der obsiegende Antrag einem qualifizierten Mehr, gilt bei Nichterreichen des qualifizierten Mehrs keiner der Anträge als angenommen. Es werden keine weiteren Abstimmungen durchgeführt.

Mehrheit: Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Dr. Davy Graf (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Marcel Tobler (SP)
 Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; 1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)
 Abwesend: 2. Vizepräsident Dr. Peter Küng (SP), Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der neue Artikel der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) AS 171.100**Art. 36^{bis} Beschlüsse mit qualifiziertem Mehr**

¹Unterliegt ein Beschluss über einen durch gutgeheissenen Änderungsantrag bereinigten Antrag des Stadtrats einem qualifizierten Mehr und wird dieses nicht erreicht, wird über diesen Beschluss noch einmal einzeln abgestimmt. Wird in dieser Abstimmung das qualifizierte Mehr nicht erreicht, gilt der Antrag als abgelehnt und es werden alle verbliebenen Anträge noch einmal gemäss Art. 35 und Art. 36 nebeneinander zur Abstimmung gebracht, bis ein Antrag das erforderliche Mehr erreicht.

²Unterliegen alle gleichgeordneten Anträge einem qualifizierten Mehr und wird dieses bei keinem der Anträge erreicht, wird über den Antrag, der das absolute Mehr erreicht hat, noch einmal einzeln abgestimmt. Wird in dieser Abstimmung das qualifizierte Mehr nicht erreicht, gilt keiner der Anträge als angenommen.

Das Büro des Gemeinderats setzt diese Änderungen in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

1896. 2016/39**Weisung vom 03.02.2016:****Immobilien Stadt Zürich, Alterszentrum Wolfswinkel, Quartier Affoltern, Umbauten, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

Für die Umbauten im Alterszentrum Wolfswinkel, Im Wolfswinkel 9, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 358 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2015) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Rolf Müller (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Referent; Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Eduard Guggenheim (AL), Raphael Kobler (FDP), Muammer Kurtulmus (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Joe A. Manser (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Abwesend: Guy Krayenbühl (GLP), Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Umbauten im Alterszentrum Wolfswinkel, Im Wolfswinkel 9, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 358 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2015) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 25. Mai 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juni 2016)

1897. 2016/17

Weisung vom 13.01.2016:

Hochbaudepartement, Erlass eines Reglements über die Anlaufstelle in Bausachen (Helpline), Ausgabenbeschluss, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Im Budget 2016 werden für die neue Anlaufstelle in Bausachen im Amt für Baubewilligungen auf den Personal- und Raumkonti des Amtes für Baubewilligungen und auf dem IT-Konto des Departementssekretariats des Hochbaudepartements folgende zusätzliche Kreditbeträge bewilligt:

Dienstabteilung	Konto	Kontenbezeichnung	Einzelbetrag pro Position / Fr.	Betrag / Fr.
4035 AfB	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Grundlohn	130 900	134 900
	3010 0140	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Kinder- und Ausbildungszulagen	4 000	
4035 AfB	3030 0000	Sozialversicherungsbeiträge	7 700	21 000
	3040 0000	Personalversicherungsbeiträge	13 200	
	3050 0000	Unfall- u. Krankenversicherungsbeiträge	100	
4035 AfB	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals	400	400
4035 AfB	3913 0000	Vergütung an IMO für Raumkosten	10 800	10 800
4000 DS	3910 0000	Vergütung an OIZ für IT-Leistungen	1 300	1 300
Totalkosten				168 400

Referent zur Vorstellung der Weisung: Marco Denoth (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Michael Baumer (FDP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Peter Schick (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)

Minderheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin, Gabriele Kisker (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Im Budget 2016 werden für die neue Anlaufstelle in Bausachen im Amt für Baubewilligungen auf den Personal- und Raumkonti des Amts für Baubewilligungen und auf dem IT-Konto des Departementssekretariats des Hochbaudepartements folgende zusätzliche Kreditbeträge bewilligt:

Dienstabteilung	Konto	Kontenbezeichnung	Einzelbetrag pro Position / Fr.	Betrag / Fr.
4035 AfB	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Grundlohn	130 900	134 900
	3010 0140	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Kinder- und Ausbildungszulagen	4 000	
4035 AfB	3030 0000	Sozialversicherungsbeiträge	7 700	21 000
	3040 0000	Personalversicherungsbeiträge	13 200	
	3050 0000	Unfall- u. Krankenversicherungsbeiträge	100	
4035 AfB	3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals	400	400
4035 AfB	3913 0000	Vergütung an IMO für Raumkosten	10 800	10 800
4000 DS	3910 0000	Vergütung an OIZ für IT-Leistungen	1 300	1 300
Totalkosten				168 400

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 25. Mai 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1898. 2016/35**Weisung vom 27.01.2016:****Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Leimbach-/Soodstrasse, Reduktion Wohnanteil von 90 Prozent auf 50 Prozent, Zürich-Leimbach, Kreis 2**

Antrag des Stadtrats

1. Der Zonenplan wird gemäss Planbeilage (datiert vom 15. Dezember 2014) geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Thomas Schwendener (SVP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Enthaltung: Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Abwesend: Michael Baumer (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Zonenplan wird gemäss Planbeilage (datiert vom 15. Dezember 2014) geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 25. Mai 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juni 2016)

1899. 2015/341**Weisung vom 28.10.2015:****Elektrizitätswerk, Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz für das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2011–2014**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz vom 30. Juni 2015 für das Erbringen

von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2011–2014 (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Heinz Schatt (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz vom 30. Juni 2015 für das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2011–2014 (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Andreas Edelmann (SP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Shaibal Roy (GLP) i. V. von Guido Hüni (GLP), Reto Rudolf (CVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent
Abwesend:	Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Helen Glaser (SP), Referentin; Andreas Edelmann (SP), Andreas Kirstein (AL), Markus Kunz (Grüne), Marcel Müller (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Shaibal Roy (GLP) i. V. von Guido Hüni (GLP), Reto Rudolf (CVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Präsident Heinz Schatt (SVP), Referent
Abwesend:	Kurt Hüsey (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Zwischenbericht zum Leistungsauftrag ewz vom 30. Juni 2015 für das Erbringen von Telekommunikationsdienstleistungen für die Periode 2011–2014 (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 25. Mai 2016

1900. 2016/60**Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 02.03.2016:
Vorbereitung des Energieverbunds Altstetten, Aufstockung des Objektkredits**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Niklaus Scherr (AL) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1715/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Helen Glaser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat unverzüglich eine Aufstockung des mit STRB 2016/100 beschlossenen Objektkredits für die Vorbereitung des Energieverbunds Altstetten zu unterbreiten, damit das ewz in Zusammenarbeit mit Energie 360° die nötigen Vorabklärungen bei den potentiellen Interessenten vornehmen kann.

Andreas Kirstein (AL) ist mit der Textänderung einverstanden, lehnt jedoch die Umwandlung der Dringlichen Motion in ein Postulat ab.

Die geänderte Dringliche Motion wird mit 100 gegen 21 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1901. 2016/166**Motion von Martin Luchsinger (GLP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 18.05.2016:
Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie**

Von Martin Luchsinger (GLP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 18. Mai 2016 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie für die Stadt Zürich, inklusive Verwaltung und städtische Betriebe, vorzulegen. Dabei sollen Handlungsfelder und langfristige Zielsetzungen zusammen mit den benötigten Ressourcen ausgewiesen werden, sowie kurzfristig erste Pilotprojekte identifiziert und koordiniert werden.

Für die Ausarbeitung der Smart-City-Strategie und für eine zeitnahe Umsetzung wird der Stadtrat beauftragt, einen Smart-City-Verantwortlichen mit den notwendigen departementsübergreifenden Kompetenzen zu definieren.

Begründung:

Die Stadt Zürich steht wie viele andere Städte auch vor gewichtigen Herausforderungen. Die fortschreitende Technologisierung von Alltag, Arbeitswelt und Ausbildung, der demographische Wandel, die wachsende

Mobilität, das Bevölkerungswachstum, sowie Projekte wie die 2000-Watt-Gesellschaft sind Herausforderungen die zukünftig in den Städten umfassend angegangen werden müssen. Der digitale Wandel, die fortschreitende Automatisierung, die breitbandige Vernetzung, nicht nur von Bewohnerinnen und Bewohnern, sondern auch Dingen (Internet of Things), bieten grosse Chancen und neue effiziente, bürgernahe Lösungsansätze.

Während andere Städte in Europa, insbesondere Wien und Barcelona, diesbezüglich nicht nur Pilotprojekte, sondern konkrete Strategien und klare Verantwortlichkeiten vorweisen können, sind laut einer im Februar 2016 veröffentlichten ZHAW-Studie in Zürich höchstens einzelne Pilotprojekte geplant. Dieselbe Studie identifiziert zudem fehlende politische Rahmenbedingungen und abteilungsorientiertes Denken, das in den städtischen Verwaltungen stark verankert sei, als Barrieren für die Umsetzung von Smart-City. Andere Städte wie Kopenhagen, Barcelona oder Wien haben sich in den vergangenen Jahren ebenfalls für eine Smart-City-Strategie entschieden und treiben diese konsequent voran. Zwar sind die Organisationsmodelle dieser Projekte unterschiedlich, gemeinsam ist aber allen, dass sie zentral gesteuert sind und so Doppelspurigkeiten vermieden werden können.

Mit dieser Motion sollen die richtigen Schritte für das Zürich der Zukunft eingeleitet werden und bestehende organisatorische Barrieren aufgehoben werden. Mit einer klaren Strategie und einer zentralen Steuerung kann Zürich gezielt zur Smart-City entwickelt werden und so die Stadt in allen ihren Bereichen effizienter, umweltfreundlicher und für Einwohner interaktiver gestaltet werden. So können die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auch mittels digitaler Technologien und dem interaktiven Einbezug der Zürcherinnen und Zürcher gemeistert werden und dabei gleichzeitig eine weitere Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden. Eine zeitnahe Erarbeitung der Strategie erlaubt es zudem auch kritische Fragen (wie z.B. Datenschutz und negative Herausforderungen des Digitalen Wandels) rechtzeitig aktiv anzugehen und dazu Lösungsansätze zu präsentieren.

Mitteilung an den Stadtrat

1902. 2016/167

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Davy Graf (SP) vom 18.05.2016: Gebiet in städtischem Besitz entlang der Thurgauerstrasse, Entwicklung als autoarmes Quartier

Von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Davy Graf (SP) ist am 18. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das zusammenhängende Gebiet entlang der Thurgauerstrasse, das sich im Besitz der Stadt Zürich befindet, als autoarmes Quartier entwickelt werden kann.

Begründung:

Eine der letzten grossen städtischen Landreserven befindet sich entlang der Thurgauerstrasse. Die Stadt ist zur Zeit daran das Land zu entwickeln. Es bietet sich daher die Chance, frühzeitig einzelne strategische Inputs einzubringen. Da das Gebiet sehr gut mit mehreren Tramlinien und dem nahegelegenen Bahnhof Oerlikon erschlossen ist, kann eine solche Strategie das autoarme Wohnen darstellen.

Das Stadtrat wird gebeten, frühzeitig auf Planungsebene entsprechende Vorgaben zu machen, wie das gesamte Gebiet autoarm entwickelt werden kann. So soll sichergestellt werden, dass die baulichen Einsparungen im Parkierungsbereich tatsächlich als Mehrwert in Form von günstigeren Mietpreisen realisiert werden können.

In der Stadt Zürich wohnen mittlerweile über 50 % Menschen die über kein eigenes Auto verfügen. Es ist an der Zeit, dass die Stadt Zürich das entsprechende Unterangebot im Siedlungsbereich korrigieren kann. Zentrumsnahe Gebiete wie jenes an der Thurgauerstrasse sind dafür ideal.

Mitteilung an den Stadtrat

1903. 2016/168**Postulat von Derek Richter (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 18.05.2016:
Private Heizanlagen, Durchführung von Messungen durch konzessionierte
Fachbetriebe**

Von Derek Richter (SVP) und Rolf Müller (SVP) ist am 18. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob Messungen bei privaten Heizanlagen durch konzessionierte Fachbetriebe durchgeführt werden können und sich folglich eine amtliche Nachkontrolle erübrigt.

Begründung:

Heizkraftanlagen werden periodisch durch das UGZ geprüft.

Ein grossmehrheitlicher Teil der Gemeinden im Kanton Zürich akzeptiert Messungen an Feuerungsanlagen, welche von konzessionierten Unterhaltungsfirmen durchgeführt werden. Es werden einheitliche Messgeräte verwendet, welche auf jährlicher Basis amtlich geeicht werden. Diese sind in der Lage, die Messdaten in schriftlicher wie auch in elektronischer Form den zuständigen Behörden zur Verfügung zu stellen.

Ein separater Kontrollgang durch städtisches Personal stellt somit eine Doppelspurigkeit dar und ist mit Aufwendungen sowie Kosten für den Anlagenbetreiber verbunden, ohne dass ein Vorteil für die Umwelt resultiert.

Für Grossanlagen über 350 kW Leistung kann wie bisher verfahren werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1904. 2016/169**Postulat von Roger Tognella (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 18.05.2016:
Personenwagen der städtischen Dienstabteilungen, Erneuerung mit einem
Elektromobilitätsanteil von mindestens 20 %**

Von Roger Tognella (FDP) und Andreas Egli (FDP) ist am 18. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mittels Ersatzbeschaffung und innerhalb der regulären Erneuerungszyklen der Fuhrpark von Personenwagen der verschiedenen Dienstabteilungen mit mindestens 20% Elektromobilitätsanteil erneuert wird. Über die Quote der eingesetzten Elektromobile soll jeweils im Geschäftsbericht des Stadtrats Bericht erstattet werden.

Begründung:

Elektromobilität ist nach einer Pionierphase nun im Bereich der Gebrauchs- und Alltagstauglichkeit. Die Dienstabteilungen der Stadt Zürich nutzen für die Erledigung der Tagesgeschäfte neben dem öffentlichen Verkehr, den verschiedenen Dienstfahrzeugen durchaus auch Personenwagen. Diese dienen denn auch dem Personen- und ggf. Kleinmaterialtransport und müssen in der Regel keinerlei spezifischen Anforderungen erfüllen. Auch bei Fahrzeugen von Polizei sowie Schutz & Rettung Stadt Zürich kann, aufgrund des Fortschritts der Technik und der industriellen Weiterentwicklung der Gebrauchstauglichkeit der Elektromobilität, die Anwendung in Personenwagen durch 100% Elektro- oder gegebenenfalls mit Hybrid Antrieb sinnvoll sein.

Elektromobilität soll zudem im ordentlichen Prozess der Beschaffung von Fahrzeugen für die Öffentliche Hand der Stadt Zürich einen festen Stellenwert bekommen.

Mitteilung an den Stadtrat

1905. 2016/170**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 18.05.2016: Einführung eines Abgabesystems von Cannabis an Personen, die aus medizinischen Gründen Cannabis konsumieren dürfen**

Von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) ist am 18. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Abgabesystem von Cannabis an Personen eingeführt werden kann, die an einer Krankheit leiden, bei welcher der Cannabiskonsum eine heilende oder palliative Wirkung hat. Dazu ist ein Ausweissystem („Green Card“) einzuführen, welches solchen Personen bescheinigt, dass sie aus medizinischen Gründen Cannabis konsumieren dürfen.

Begründung:

Gemäss Betäubungsmittelgesetz des Bundes (SR 812.121), Artikel 8 Absatz 5 kann das Bundesamt für Gesundheit für Cannabis „Ausnahmebewilligungen für den Anbau, die Einfuhr, die Herstellung und das Inverkehrbringen erteilen, wenn kein internationales Abkommen entgegensteht und diese Betäubungsmittel der wissenschaftlichen Forschung, der Arzneimittelentwicklung oder der beschränkten medizinischen Anwendung dienen.“ Das vorliegende Postulat zielt auf die medizinische Anwendung von Cannabis ab und schlägt die Einführung einer Ausweiskarte vor, die den berechtigten Personen den Bezug und den Konsum von Cannabis erlaubt. Im Falle von polizeilichen Kontrollen gewährt ein solcher Ausweis Straffreiheit. Dazu soll durch die Stadt Zürich ein entsprechendes Programm beim BAG beantragt und durchgeführt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1906. 2016/171**Postulat von Markus Knauss (Grüne), Christian Traber (CVP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 18.05.2016: Durchsetzung des Nachtfahrverbots in stark belasteten Wohnquartieren, Ausarbeitung eines neuen Konzepts unter Einbezug der betroffenen Bevölkerung**

Von Markus Knauss (Grüne), Christian Traber (CVP) und 7 Mitunterzeichnenden ist am 18. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein neues, differenziertes Konzept (betrieblich, zeitlich, örtlich) zur Durchsetzung des Nachtfahrverbotes in stark belasteten Wohnquartieren in den Kreisen 1, 4 und 5 ausgearbeitet werden kann. Neben nicht bedienten Sperrvorrichtungen sind auch Poller mit Zugangsberechtigungen und an besonders belasteten Einfahrten auch der Einsatz der herkömmlichen, bedienten Barrieren zu prüfen. Die betroffene Bevölkerung ist in die Erarbeitung eines solchen Konzeptes einzubeziehen.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass Massnahmen, die zur Durchsetzung des Nachtfahrverbotes in Wohnquartieren der Kreise 1, 4 und 5 auf ihre Wirksamkeit und ihre Kosten hin überprüft werden können. Der Gemeinderat hat deshalb auch den Budgetkürzungen in den Voranschlägen 2015 und 2016 zugestimmt, die einen halbjährigen Versuch ohne den Betrieb der Barrieren vorsahen.

Nun hat dieser Versuch stattgefunden und die Resultate liegen in einem Schlussbericht vor. Daraus geht klar und eindeutig hervor, dass in den Ausgehvierteln der Kreise 1, 4 und 5 das Nachtfahrverbot nicht eingehalten wird. Es wurden massiv mehr Fahrten festgestellt als vor dem Versuch. Insbesondere an den Wochenenden (Donnerstag, Freitag, Samstag) muss deshalb von einer systematischen Missachtung des Nachtfahrverbots gesprochen werden. Wir sind übereinstimmend der Meinung, dass allein mit den vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösungen einer erhöhten polizeilichen Kontrolltätigkeit und einer Verbesserung der Signalisation diesem Mehrverkehr nicht beizukommen ist.

Wie dem Stadtrat sicher auch bewusst ist, handelt es sich bei Strassen, die mit einem Nachtfahrverbot belegt sind, um Orte, deren Bewohnerinnen und Bewohner hohen Belastungen vielfältigster Art ausgesetzt sind. Speziell diesen Menschen nun einen wirksamen Schutzmechanismus weg zu sparen ohne für eine ebenbürtige Ersatzlösung zu sorgen, halten wir für nicht akzeptabel.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die fünf Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1907. 2016/172

Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL) und Renate Fischer (SP) vom 18.05.2016:

Standortevaluation für den neuen Züri-Modular-Pavillon beim Schulhaus Manegg, Gründe für die Platzierung beim Schülergarten sowie Ergebnisse der Prüfung alternativer Standorte

Von Eduard Guggenheim (AL) und Renate Fischer (SP) ist am 18. Mai 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Schulhaus Manegg soll im nächsten Jahr durch einen weiteren Züri-Modular-Pavillon ergänzt werden. Während der Bedarf eines zusätzlichen Pavillons bei der Schule und der Elternschaft unbestritten ist, herrscht grosser Unmut über den von der IMMO Zürich gewählten Standort: Der neue Pavillon soll entgegen den ausdrücklichen Voten der Betroffenen nicht auf dem Sportplatz (Spielwiese) von Grün Stadt Zürich gleich hinter dem bestehenden Pavillon positioniert werden, sondern an Stelle des heutigen Schülergartens, welcher heute von der Gesellschaft für Schülergärten (GSG) betrieben und durch Schülerinnen und Schüler ab der 2. Klasse rege genutzt wird. Eine allfällige Verschiebung des beliebten Schülergartens – so die nachvollziehbare Befürchtung von Eltern und Kinder – würde dessen massive Verkleinerung zur Folge haben. Diese Aussichten sind insbesondere deswegen unbefriedigend, da bereits zum heutigen Zeitpunkt nur der Hälfte der angemeldeten Schülerinnen und Schülern ein Gartenbeet zugeteilt werden kann.

Unverständnis herrscht beim Elternrat der Schule Manegg besonders auch deshalb, weil sich mit dem laut Aussagen der Eltern spärlich genutzten Sportplatz von Grün Stadt Zürich ein geeigneter Standort anbietet. Weiter scheint auch eine Platzierung im Bereich der teilweise mit einer Blumenrabatte versehenen Wiese im Zwickel Tannenrauchstrasse / Salomon Vögelin-Strasse zumindest prüfenswert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurden alternativ mögliche Standorte für die Platzierung des neuen Pavillons geprüft? Mit welchen Ergebnissen?
2. Aus welchen Gründen wurden die oben erwähnten Standorte hinter bzw. neben dem bestehenden Pavillon verworfen, und kann auf diesen Entscheid zurückgekommen werden?
3. Wie stellen sich das Schulamt sowie Grün Stadt Zürich zu den Zielkonflikten der Nutzung der Wiese als Sportplatz, der Nutzung des Schülergartens und der (eher bedeutungslosen) Nutzung des Zwickels Tannenrauchstrasse / Salomon Vögelin-Strasse als Zierfläche?
4. Welche Überlegungen wurden bezüglich eines behindertengerechten Zugangs bei der Bestimmung des Standorts des neuen Pavillons angestellt?
5. Welche Ersatzfläche wird gegebenenfalls für den Schülergarten bereitgestellt? Wird die Ersatzfläche darüber hinaus der grossen und stetig steigenden Nachfrage der Schulkinder gerecht? Ist allenfalls die Ersatzfläche von der Schule aus vergleichbar gut erreichbar wie der aktuelle Schülergarten – insbesondere auch für jüngere Schulkinder?
6. Mit welchen Aufwendungen muss gegebenenfalls für die Aufhebung des bestehenden Schülergartens und die Neuanlage gerechnet werden? Wie viele Bäume müssen dafür gefällt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

1908. 2016/173

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Katharina Widmer (SVP) vom 18.05.2016:

Einrichtung von Begegnungszonen in den letzten fünf Jahren, Angaben zur Sicherheit, den entstandenen Umgestaltungskosten und dem Abbau von Parkplätzen sowie Planungsstand für weitere Zonen

Von Samuel Balsiger (SVP) und Katharina Widmer (SVP) ist am 18. Mai 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Departement von Stadtrat Richard Wolff schreibt auf seiner Internetseite: «Die Begegnungszone bringt für alle mehr Lebensqualität.» Auch an der Balberstrasse wurde ein solches Verkehrsregime eingeführt, welches für die Autofahrenden Tempo 20 bedeutet. Eine direktbetroffene Anwohnerin beschreibt die Realität gegenüber 20 Minuten wie folgt: «Die Begegnungszone ist viel gefährlicher, als die 30er-Zone es je hätte sein können.» Weiter führt die Sprecherin von besorgten Eltern aus: «Muss erst ein Kind verletzt und angefahren werden, bevor die Stadt Handlungsbedarf sieht?»

Da der Fussgänger- und Fahrbereich nicht durch einen Trottoirrand getrennt sind, entfällt für Kinder und die restlichen Fussgänger der benötigte Schutz. Verschiedene Experten sehen somit die sogenannten «Begegnungszonen» in Bezug auf die Sicherheit kritisch an.

Zusätzlich sind solche Umgestaltungen mit Kosten für die Steuerzahlenden sowie mit Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) verbunden. Auch findet mit einer Umgestaltung oft ein Parkplatzabbau statt. In der Stadt Zürich sind jedoch ca. 180'000 Motorfahrzeuge angemeldet. Dass ein grosses Bedürfnis an Parkplätzen sowie an Sicherheit für Kinder und andere Fussgänger besteht, ist offensichtlich.

Zudem muss beachtet werden, dass jeder oberirdische Kundenparkplatz in der Innenstadt jährlich rund 500'000 Franken Umsatz für das Gewerbe generiert. Ebenso benötigt auch das Gewerbe in den Aussenquartieren für den Erhalt der Arbeitsplätze eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur, wozu auch Parkplätze gehören.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen plant die Stadt Zürich konkret, damit die Eltern aufgrund der «Begegnungszone» an der Balberstrasse nicht mehr Angst um ihre Kinder haben müssen? Was kosten diese Massnahmen?
2. Wie viele sogenannte «Begegnungszonen» wurden in den letzten fünf Jahren realisiert? Wir bitten um die Bekanntgabe der Strassennamen.
3. Welche Umgestaltungskosten haben die in den letzten fünf Jahren realisierten «Begegnungszonen» verursacht?
4. Wie viele Parkplätze wurden durch die realisierten «Begegnungszonen» in den letzten fünf Jahren abgebaut?
5. Wo genau sind kurz- bis mittelfristig solche «Begegnungszonen» angedacht oder konkret geplant? Wir bitten um die Bekanntgabe der Strassennamen. Sollten bereits langfristige Pläne vorhanden sein, so bitten wir ebenfalls um die Angaben.
6. Wie hoch dürften ungefähr die Umgestaltungskosten für die angedachten oder konkret geplanten «Begegnungszonen» sein? Sollte der Betrag nicht errechnet werden können, so bitten wir um eine Schätzung aufgrund der vergangenen Projekte.
7. Wie viele Parkplätze würden durch diese angedachten oder konkret geplanten «Begegnungszonen» zusätzlich wegfallen? Sollte die Anzahl nicht errechnet werden können, so bitten wir um eine Schätzung aufgrund der vergangenen Projekte.

Mitteilung an den Stadtrat

1909. 2016/174

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 18.05.2016:

Kundgebung «Nuit debout à Zürich» auf dem Bürkliplatz, Gründe, Bedingungen und gesetzliche Grundlagen für die kurzfristig ausgestellte Notbewilligung sowie Einhaltung der damit verbundenen Auflagen

Von Martin Götzl (SVP) und Stefan Urech (SVP) ist am 18. Mai 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Pfingstsonntagabend gegen 18 Uhr besammelte sich eine Gruppe Personen (ca. 200) namens «Nuit debout à Zürich» zu einer Kundgebung auf dem Bürkliplatz in der Stadt Zürich. Im Vorfeld gab es einen entsprechenden Aufruf auf Facebook. Einzelne Namen von Personen der Mitorganisatoren sind bekannt. Zu den Organisatoren gehört unter anderem die politische Jungpartei Juso. Das Durchführen von politischen Anlässen an Sonntagen ist grundsätzlich untersagt. Dem Vernehmen nach stellte das Stadtzürcher Polizeidepartement eine sogenannte Notbewilligung zur Durchführung des Anlasses aus. Dies wäre innerschön kürzester Zeit bereits das zweite Mal, dass eine linke Gruppierung von einer Notbewilligung profitieren könnte.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann, wie und wer ersuchte im Vorfeld dieser Veranstaltung um eine polizeiliche Bewilligung zur Durchführung?
2. Was veranlasste das Polizeidepartement zum Schritt, kurzfristig eine Notbewilligung auszustellen und den Organisatoren nachzutragen? Auf welche gesetzliche Grundlage stützt sich das Polizeidepartement beim Ausstellen einer Notbewilligung (Gesetz, Verordnung, Artikel)?
3. Was war der Inhalt dieser Notbewilligung (Auflagen für das Grillieren, Auflagen für den Gebrauch einer Lautsprecheranlage, Auflage für das Entsorgen des Abfalls, etc...)? Wurden dem Bewilligungsinhaber gemäss geltender Praxis Bewilligungsgebühren verrechnet? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, warum nicht?
4. Wurden sämtliche Auflagen der Bewilligung seitens Veranstalter eingehalten? Wenn nein, was wurde nicht eingehalten und welche Konsequenzen (Verzeigung, etc...) ergeben sich daraus?
5. Unter welchen Bedingungen erteilt das Polizeidepartement eine Notbewilligung zu einer Veranstaltung? Was sind die Voraussetzungen dafür?
6. Wie verhält sich das Polizeidepartement in Zukunft, wenn eine Organisation (z. B. politische Parteien, Verbände, etc...) in der Öffentlichkeit (z. B. via Facebook, in Inseraten, auf Plakaten, etc...) für eine nichtbewilligte Kundgebung aufruft? Kann davon ausgegangen werden, dass das Polizeidepartement auch diesen Veranstaltern kurz im Voraus noch eine Notbewilligung nachträgt? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1910. 2016/123

SK PRD/SSD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Cordula Bieri (Grüne)
 Heidi Egger (SP)
 Christina Hug (Grüne)
 Christian Huser (FDP)
 Rosa Maino (AL)
 Markus Merki (GLP)
 Dr. Thomas Monn (SVP)
 Severin Pflüger (FDP)
 Dr. Daniel Regli (SVP)
 Mark Richli (SP)
 Hans Urs von Matt (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1911. 2016/124

SK FD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Linda Bär (SP)
 Onorina Bodmer (FDP)

Simon Diggelmann (SP)
Urs Fehr (SVP)
Adrian Gautschi (GLP)
Eva Hirsiger (Grüne)
Martin Luchsinger (GLP)
Gabriela Rothenfluh (SP)
Niklaus Scherr (AL)
Dr. Pawel Silberring (SP)
Katharina Widmer (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1912. 2016/125
SK PD/V, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Marianne Aubert (SP)
Andreas Egli (FDP)
Markus Hungerbühler (CVP)
Hans Jörg Käppeli (SP)
Thomas Kleger (FDP)
Markus Knauss (Grüne)
Pascal Lamprecht (SP)
Marcel Müller (FDP)
Stephan Iten (SVP)
Christina Schiller (AL)
Guido Trevisan (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1913. 2016/126
SK TED/DIB, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Andreas Edelmann (SP)
Andreas Kirstein (AL)
Kyriakos Papageorgiou (SP)
Shaibal Roy (GLP)
Reto Rudolf (CVP)
Heinz Schatt (SVP)
Marc Schlieper (FDP)
Sven Sobernheim (GLP)
Roger Tognella (FDP)
Michel Urben (SP)

Vakant: 1 Sitz SVP

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1914. 2016/127**SK GUD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018**

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Marcel Bührig (Grüne)
Eduard Guggenheim (AL)
Raphael Kobler (FDP)
Guy Krayenbühl (GLP)
Muammer Kurtulmus (Grüne)
Joe A. Manser (SP)
Thomas Osbahr (SVP)
Marcel Savarioud (SP)
Marion Schmid (SP)
Barbara Wiesmann (SP)

Vakant: 1 Sitz SVP

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1915. 2016/128**SK HBD/SE, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018**

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Marco Denoth (SP)
Dr. Mathias Egloff (SP)
Gabriele Kisker (Grüne)
Andrea Leitner Verhoeven (AL)
Dr. Christoph Luchsinger (FDP)
Christoph Marty (SVP)
Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Ursula Näf (SP)
Peter Schick (SVP)
Heinz F. Steger (FDP)
Reto Vogelbacher (CVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1916. 2016/129**SK SD, Erneuerungswahl der übrigen Mitglieder für die Amtsdauer 2016–2018**

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Ezgi Akyol (AL)
Samuel Balsiger (SVP)
Markus Baumann (GLP)
Roberto Bertozzi (SVP)
Alexander Brunner (FDP)
Anjushka Früh (SP)

Michael Kraft (SP)
Mathias Manz (SP)
Roger-Paul Speck (SP)
Jonas Steiner (SP)
Ursula Uttinger (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1917. 2016/150

RedK, Erneuerungswahl der Mitglieder und des Präsidiums für die Amtsdauer 2016–2018

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Adrian Gautschi (GLP)
Eduard Guggenheim (AL)
Patrick Hadi Huber (SP)
Christina Hug (Grüne)
Dr. Daniel Regli (SVP)
Mark Richli (SP), Präsident
Claudia Simon (FDP)
Karin Weyermann (CVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

1918. 2016/151

Brückenschlag Uri-Zürich, Erneuerungswahlen für das Amtsjahr 2016/2017

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Roger Bartholdi (SVP), Co-Präsident
Martin Bürki (FDP)
Eduard Guggenheim (AL)
Simon Kälin (Grüne)
Dr. Peter Küng (SP)
Albert Leiser (FDP)
Mario Mariani (CVP)
Kyriakos Papageorgiou (SP)
Matthias Wiesmann (GLP)

Mitteilung an die Gewählten

1919. 2016/152

Erneuerungswahl von 6 Stimmzählenden für das Amtsjahr 2016/2017

Mit Beschluss vom 17. Mai 2016 wählte das Büro des Gemeinderats:

Ezgi Akyol (AL)
Marco Denoth (SP)
Markus Hungerbühler (CVP)
Peter Schick (SVP)

Claudia Simon (FDP)
Guido Trevisan (GLP)

Mitteilung an die Gewählten

1920. 2016/56

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 10.02.2016:

Zwischennutzung Grubenstrasse 15, Umgang der Polizei mit Anzeigen, Aufgabe der SIP und Kosten/Nutzenverhältnis der Mieterträge

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 370 vom 11. Mai 2016).

1921. 2015/326

Weisung vom 30.09.2015:

Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaftenverwaltung, Neue Schulanlage Allmend im Gebiet Manegg, Quartier Wollishofen, Landkauf und Projektierung, Investitionen ins Finanzvermögen, Objektkredit, Abschreibung Motion

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 16. März 2016 ist am 22. April 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 25. Mai 2016.

1922. 2015/333

Weisung vom 21.10.2015:

Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaftenverwaltung, Ersatzbau für das abgebrannte Gebäude Wasserwerkstrasse 127a (Tanzhaus), Wipkingen, Übertragung von Flächen an der Wasserwerkstrasse 127a und 129 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 23. März 2016 ist am 29. April 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 25. Mai 2016.

1923. 2015/381

Weisung vom 02.12.2015:

Liegenschaftenverwaltung, Wohnhaus Weineggstrasse 7, Quartier Riesbach, Abgabe im Baurecht, Vertragsgenehmigung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 23. März 2016 ist am 29. April 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 25. Mai 2016.

Nächste Sitzung: 25. Mai 2016, 17 Uhr.